

Dresdener Volkszeitung

Postfach: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. Schönbach, Dresden,
Bauhofstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendeiner Art, ist es durch einen Eintrag in den Verzeichnissen der Dresdener Volkszeitung dem Besteller auf Verlangen des Bezugsberechtigten oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Verlagspreis mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage 1,20 M., wofür 12 Hefen abgegeben werden. Einzelhefte 10 Pf. (Post- u. Zus.-Anschlag 15 Pf.).
Telegraphische Adressen: Dresden, Volkszeitung

Schriftleitung: Wittenbergstr. 10, Dresden, Nr. 1288.
Telegraphische Adressen: Dresden, Volkszeitung

Werbung: Grundsatz: Die 30 mm breite Plakette
je 10 Pf., die 40 mm breite Plakette 200 Pf., 17 ausserordentliche
Anzeigen 10 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Dresden und
Umland 40 Pf. Abt. für Kleinanzeigen, 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 230

Dresden, Freitag, den 2. Oktober 1931

42. Jahrgang

Die notwendige Einheitsfront Kundgebung aller Gewerkschaften

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen veröffentlichen folgende Kundgebung:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiterer Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftskrise der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig hinfällig. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überhöhten Protektionismus, Subventionen, Uebernationalisierung, Kapitalföhrung und systematische Senkung der Kaufkraft.

Seit anderthalb Jahren werden als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeiterschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem bisher beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Preise mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.

5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Wahrung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwachen Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuld und der Reparationen.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
R. Graßmann.
Deutscher Gewerkschaftsbund:
Otte, Segewald, Eudenbach.
Allgemeiner freier Angestelltenbund:
Auffhäuser.
Gewerkschaftsring
deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände:
Reustedt, Lemmer, Köhler.

Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Juni 1931 ist der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt und verpflichtet, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt sicherzustellen. Auf Grund dieser Verordnung hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 1. Oktober dieses Jahres beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen, für berufsunfähig Arbeitslose auf 16 Wochen, zu kürzen. Der Vertreter der Reichsregierung stimmte dem Beschluß des Vorstandes zu. Die Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft. Die durch den Beschluß des Vorstandes erzielte Einsparung soll die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die bei einer Höchstzahl von 6 1/2 Millionen Arbeitslosen im kommenden Winter für Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erwachsen werden. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat sich bisher so gestaltet, daß im laufenden Jahre in der Zeit zwischen dem tiefsten Stand des Sommers und dem 15. September die Zahl der Arbeitslosen um rund 370 000 gestiegen ist, d. h. nicht erheblich stärker als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, wo die Zunahme rund 348 000 betrug. Am 15. September 1931 belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf rund 4,3 Millionen. Ein abschließendes Urteil über die weitere Entwicklung ist zur Zeit nicht möglich.

Unter der Naziherrschaft

Braunschweig, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine Arbeiterin hatte wegen der Teilnahme ihres Jungen am Streik der weltlichen Schule eine dreitägige Haftstrafe erhalten, jedoch bezweifelt, gegen den Strafbefehl Einspruch zu erheben. Als nun die Frau nicht erschien, da sie vor einer Operation stehend in dem hiesigen Krankenhaus lag, wurde sie trotz ihrem Zustande und ihrem Verstehe durch die Polizei in die Gefängnis gebracht. Dort hat die Kranke, der der Gefängnisarzt sofort Beistand und besondere Pflege verordnet, drei Tage in der Haftzelle verbracht, um erst dann wieder in verschlimmterem Zustande zu ihrem behandelnden Arzt zurückzukommen.

Schlag auf Schlag!

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat einen Beschluß gefaßt, durch den ein großer Teil der Arbeitslosen kanoer getroffen wird. Die Zeitdauer der Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung ist von 26 Wochen auf 20 Wochen beschränkt. Die Folge ist, daß die Arbeitslosen eher in die Kriegenunterstützung kommen, deren Dauer, wie uns mitgeteilt wird, allerdings entsprechend verlängert werden soll. Aber die Höhe der Kriegenunterstützung sind teilweise geringer als die der Arbeitslosenversicherung.

So trifft ein Schlag nach dem anderen die notleidende Arbeiterschaft. Lohnherabsetzung folgt auf Lohnverabreichung, Verkürzung der Unterstützung, Herabsetzung der Fürsorge, die Not ist schon riesengroß, und Tag für Tag zeigt sich, daß wir noch längst nicht am Ende sind, daß die Arbeiter, sowohl die, die im Betriebe stehen, wie auch die, die sich ihre karglichen Pfennige von den Arbeitsämtern oder den Wohlfahrtsstellen holen müssen, in Gefahr sind, daß ihnen dieses Wenige auch noch verfährt wird.

Die Vertreter eines engstirnigen Unternehmertums sind unausgesetzt an der Arbeit, um die Rechte der Arbeiter noch weiter zu beschneiden, die Löhne sollen noch mehr gedrückt werden, von den sozialen Leistungen soll möglichst nichts übrig bleiben. Erst vor kurzem haben sich die vereinigten Unternehmerorganisationen wieder mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit gewandt, die nur zu deutlich zeigt, daß die Leute nichts gelernt haben und nichts lernen wollen. Zwar hat man die Löhne schon im weiten Umfange abgebaut, die sozialen Leistungen sind gedrosselt, und es ist in der Wirtschaft nichts besser, sondern sehr viel schlechter geworden. Unsere Unternehmer plärren immer wieder in die Welt hinaus, daß man nun endlich ihre Vertrieberentabel machen müsse, aber sie wollen nicht begreifen, daß da Lohnsenkungen nicht mehr helfen können. Immer weiter geht der verderbliche Streik, der von der Einkürzung des Umfanges zu neuen Lohnsenkungen und Entlassungen führt, die wieder eine weitere Einkürzung des Umfanges zur Folge haben müssen, so daß trotz aller „Senkung der Selbstkosten“ die erzielte Rentabilität nicht erreicht werden kann. Auch hier-

den, daß es dabei mit den Finanzen von Staat, Gemeinden und den Trägern der Sozialversicherung immer mehr bergab geht, so daß man dort wieder zu solchen Droßelungsmaßnahmen kommt, wie wir sie eben jetzt bei der Arbeitslosenversicherung erleben.

Unter diesen Umständen kann man es nur begreifen, daß sich jetzt die Gewerkschaften aller Richtungen zusammengefunden haben, um ihre Forderungen, durch deren Erfüllung wirklich der Niedergang der Wirtschaft aufgehalten werden könnte, dem gemeingefährlich zu demen Unternehmertum entgegenzustellen. Nicht nur die freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände, sondern mit ihnen auch die Christlichen und die den liberalen Parteien anhängenden Organisationen sind hier in einer Einheitsfront. Vertreter von Organisationen, deren Mitglieder heute noch zum großen Teil den bürgerlichen Parteien angehören, haben einen Aufruf unterschrieben, in dem Aufmachungen vertreten werden, die die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien seit Jahr und Tag vertritt. Notwendig wäre es, daß alle Arbeiter und Angestellten jetzt auch die notwendigen Folgerungen für ihre politische Stellungnahme ziehen. Notwendiger denn je brauchen wir heute auch eine politische Einheitsfront der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft. Die Arbeiterschaft muß „Schlus“ machen mit allen Wahrschneidern, mit all den Stürmischen von rechts und links, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Arbeiterschaft zu zersplittern oder zu treuen Gefolgsleuten des Großkapitals zu machen. Nur dann wird die Arbeiterschaft sich mit Erfolg dagegen wehren können, daß sie durch die immer frecher werdenden Vorstöße des Unternehmertums immer mehr von ihren Errungenschaften verliert.

Frauenstimmrecht in Spanien

Madrid, 2. Oktober. (Fig. Funk.) Mit 100 gegen 121 Stimmen beschloß die spanische Nationalversammlung am Donnerstag die Einführung des Frauenstimmrechts. Das wahlfähige Alter für Männer und Frauen beginnt mit dem 28. Lebensjahr. Abgeordnete, die in der öffentlichen Sitzung des Parlaments gegen das Frauenstimmrecht Stellung genommen hatten, wurden beim Verlassen des Parlamentes von einem Haufen von Frauen mit Steinen beschlempft.